

Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses der Stadt Frankfurt am Main zu den angekündigten Haushaltskürzungen im Jahr 2022

Während der Koalitionsvertrag 2021-2026 die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen für **alle** ins Zentrum stellt, würden mögliche Haushaltskürzungen im Kinder- und Jugendbereich die Aufgabenerfüllung der sozialen Arbeit gefährden. Studien belegen, was auch in Frankfurt Realität ist: Junge Menschen sind in ihrer kognitiven, emotionalen und körperlichen Entwicklung durch die mehrjährige Corona-Pandemie z.T. bereits deutlich beeinträchtigt. Abstands- und Lockdown-Regelungen haben familiäre Beziehungen überfordert und belastet. Zugänge zu außerfamilialen präventiven und therapeutischen Angeboten wurden erschwert bzw. unmöglich gemacht. Besonders negative Effekte sind bereits bei Familien in prekären Verhältnissen, bei unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (umA) und (jungen) Menschen in fragilen Lebenssituationen nachweisbar. Kinderarmut und kritische Familiensituationen, die ein gesundes Aufwachsen gravierend beeinträchtigen, haben nachweislich zugenommen. Die Koalitionsparteien hatten sich darauf verständigt: „Unser neues Frankfurt ist ein Frankfurt, das niemanden zurücklässt und verlässlich diejenigen unterstützt, die auf Unterstützung angewiesen sind.“

Die Befürchtung, dass die Kürzungen auch vor dem Bereich Kinder- und Jugendhilfe nicht haltmachen werden, verursacht daher große Sorgen und Bedenken. Wir fordern den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, die Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe den aktuellen Bedarfen entsprechend zu sichern. Nur so können wir die jungen Menschen in der aktuellen Situation unterstützen und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt Frankfurt am Main gestalten.

Corona hat Kindern und Jugendlichen gewaltig zugesetzt

Die zur Eindämmung des Pandemiegeschehens getroffenen politischen Entscheidungen haben unsere Gesellschaft, den Lebens- und Arbeitsalltag von Familien, die Betreuungs- und Bildungsangebote von Kindern, die Ausbildungssituation junger Menschen und auch die Freizeitgestaltung von Jugendlichen deutlich verändert. Die Pandemie nimmt den jungen Menschen alltägliche Lernfelder und Entwicklungsmöglichkeiten, die für den psychosozialen Ausgleich in diesen Lebensphasen zentral sind. Gleichzeitig wurden sie in Entscheidungen nicht mit einbezogen, ihre Perspektive wurde zu wenig berücksichtigt.

Zwei Jahre Pandemie haben andere Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche als auf Erwachsene, da sich in solch einer Zeitspanne potenziell bei ihnen viel mehr verändert und entwickelt. In der kognitiven Entwicklung werden gewaltige Schritte gegangen, sodass Kinder und Jugendliche ein Verständnis von sich und der Welt um sie herum entwickeln. Im Kontakt mit anderen geschieht die sozioemotionale Entwicklung. Auch die motorische Entwicklung ist in den ersten Lebensjahren besonders herausragend.

Vor allem Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien haben vermehrt unter der Pandemie gelitten. Die Armut hat sich verschärft durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Gleichzeitig ist eine Teilnahme am Homeschooling ohne die notwendige technische Ausstattung nicht möglich.

Auch psychische Belastungen und Erkrankungen sowie Suizidgefahr haben insbesondere bei diesen Kindern und Jugendlichen zugenommen. Es kam zu einem Anstieg an Gewalt und Konflikten in den Familien. Gleichzeitig waren durch Zugangsbeschränkungen und Homeschooling Kontakte zu Jugendhilfeeinrichtungen sowie der Schulsozialarbeit erschwert. Vor allem Mädchen wurde noch mehr als zuvor die Verantwortung für die Familie übertragen.¹

¹ Die AG Mädchenpolitik der Stadt Frankfurt weist in ihrem Positionspapier im Jahr 2020 darauf hin.

Was Kinder und Jugendliche jetzt brauchen

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“² Dieser Rechtsanspruch muss umgesetzt werden. Die Jugendhilfe hat die Aufgabe, diesen „Rechtsanspruch zu verwirklichen und es jungen Menschen zu ermöglichen oder zu erleichtern, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können“³. Dies ist die zentrale Aufgabe der Angebotsgestaltung für Kinder und Jugendliche. Sie brauchen jetzt verlässliche Beziehungen und außerschulische Angebote wie Jugendverbände, offene Kinder- und Jugendarbeit und andere Angebote der Jugendhilfe. Sie brauchen ein offenes Ohr, niedrigschwellige Beratung, Vermittlung an Beratungsstellen, einen Ort der Auseinandersetzung.

An der fragilen Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung zeigen sich die negativen Effekte der Corona-Pandemie mit besonderer Härte und erschweren die notwendige Integration in den Arbeitsmarkt und die Entwicklung eines selbstbestimmten Lebens mit derzeit nicht absehbaren Folgen.

Die Gruppe der umA ist noch einmal besonders zu betrachten. Ihre Bedarfe sind mitunter weitreichender und dringlicher. Den umA fehlen das gewachsene soziale Netz und natürliche Bindungen zu Familie, Freund*innen sowie informelle Kontakte im unmittelbaren Umfeld. Jede Kontaktreduzierung erhöht die Gefahr einer persönlichen Isolation. Zusätzlich haben das schulische Lernen, aber auch das informelle Lernen und die damit verbundenen Berufschancen bei den umA stark gelitten. Die Brücken zu außerschulischen Bildungsmaßnahmen, besonders auch ehrenamtliche Angebote sowie Freizeit- und Bildungsangebote, sind teilweise komplett weggebrochen. Es fehlt somit ein wichtiger Faktor zum Gelingen einer erfolgreichen Integration.

Die Kinder und Jugendlichen werden mit den individuellen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie leben müssen. Deshalb müssen sie als Expert*innen ihrer eigenen Belange nun endlich beteiligt werden.

Der Magistrat steht JETZT in der Verantwortung

Der aktuelle Koalitionsvertrag stellt Bildung, Teilhabe und Aufstiegschancen für alle in den Mittelpunkt. Für Kinder und Jugendliche müssen daher alle notwendigen Hilfsmaßnahmen ergriffen werden, um dies zu gewährleisten.

Als Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in Frankfurt ist es unser Auftrag und unsere Fürsorgepflicht, verlässliche und langfristige Hilfsangebote bereitzustellen. Kinder und Jugendliche dürfen in der Corona-Pandemie nicht noch mehr an sozialer Isolation, Einsamkeit, Traumata und Vernachlässigung leiden als zuvor. Sie müssen durch passende Angebote aufgefangen werden. Oberstes Ziel muss es auch in und nach der Pandemie sein, für ihre Integration, ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen zu sorgen. Dies ist nur durch die entsprechenden finanziellen Mittel möglich. Wir fordern den Magistrat der Stadt Frankfurt auf, die Mittel der Kinder- und Jugendhilfe nicht zu kürzen, sondern im Gegenteil ihre Entscheidungen in den Haushaltsberatungen an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen auszurichten und damit die Beschlüsse des Koalitionsvertrages umzusetzen.

² und ³ vgl. SGB VIII §1, Abs. 1,3